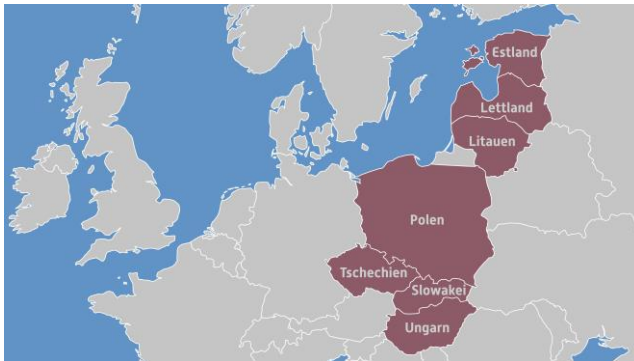


OA-Update/ 01, 13. März 2023

Mittelosteuropa



Mittelosteuropa hat sich nach der Corona-Pandemie ein weiteres Mal als Wachstumsregion für die deutsche Wirtschaft erwiesen. Durch einen deutlichen Anstieg der deutschen Exporte in diese Region konnte der starke Rückgang der deutschen Exporte nach Russland (-12,3 Milliarden Euro) mehr als kompensiert werden.

Der Warenaustausch mit der aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn bestehenden Visegrád-Gruppe erreichte im Jahr 2022 mit 382 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert. Dieser lag fast 50 Milliarden Euro über dem bisherigen Spitzenwert aus dem Jahr 2021 (335 Milliarden Euro). Auch im Handel mit den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurde ein Rekordergebnis in Höhe von fast 16 Milliarden Euro erzielt.

Als Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine kam es im deutschen Osthandel zu zahlreichen Verschiebungen. Ungarn überholte mit einem neuen Spitzenwert von 65 Milliarden Euro Russland und ist nach Polen und Tschechien nunmehr der drittwichtigste Handelspartner der Bundesrepublik in Mittel- und Osteuropa. In den kommenden Monaten werden in der Region durch Wahlen die Karten neu gemischt: Im Herbst finden wegweisende Parlamentswahlen in Polen statt. Aus innenpolitischen Gründen ist ebenfalls ein vorzeitiger Urnengang in der Slowakei geplant. Bei den Präsidentschaftswahlen in Tschechien konnte sich im Januar 2023 Petr Pavel gegen den früheren Ministerpräsidenten Andrej Babiš durchsetzen.

Hier die Rubriken des heutigen Updates:

- **Konjunktur**
- **Analysen**
- **Terminnachlese**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Handelsentwicklung 2022

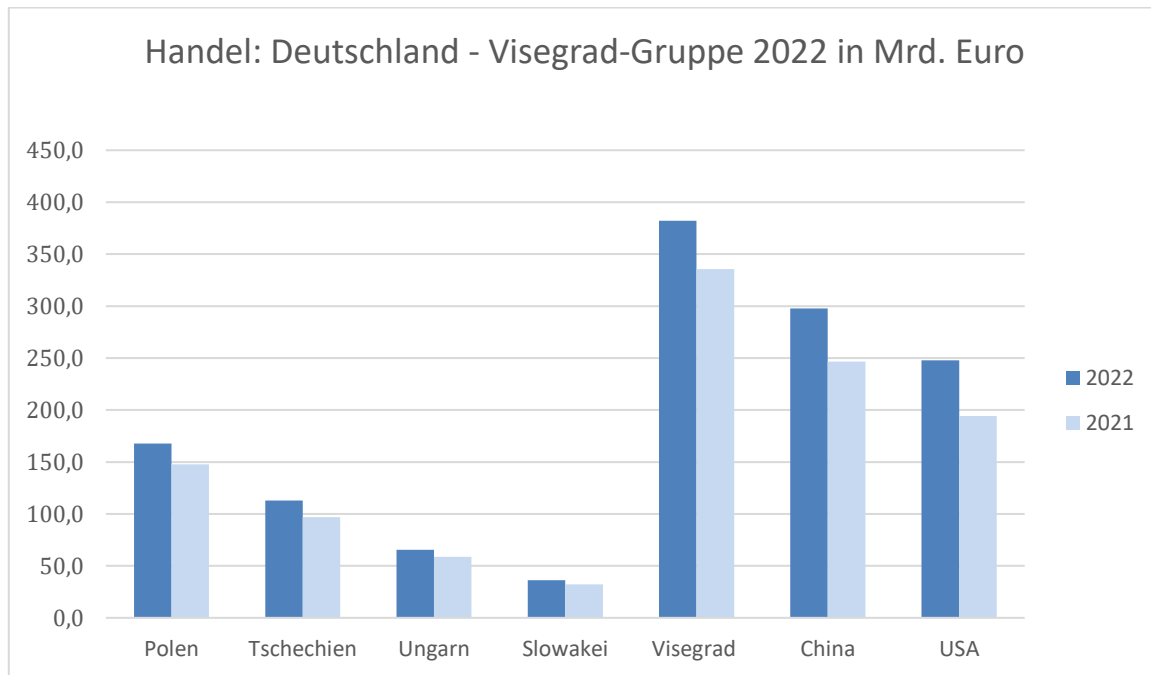
Der Handel mit Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn erreichte im Jahr 2022 trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds nominal neue Rekordwerte. Deutschlands Warenaustausch mit der Visegrád-Gruppe summierte sich im Vorjahr auf 382 Milliarden Euro (2021: 335 Milliarden Euro). Das entspricht einem Plus von 14 Prozent. Auch wurde mit den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen Rekordergebnis von rund 16 Milliarden Euro erzielt.

Mit diesem starken Ergebnis haben sich unsere östlichen EU-Partner nach der Corona-Krise als Wachstumsregion für die deutsche Wirtschaft etabliert.

Zu den einzelnen Ländern:

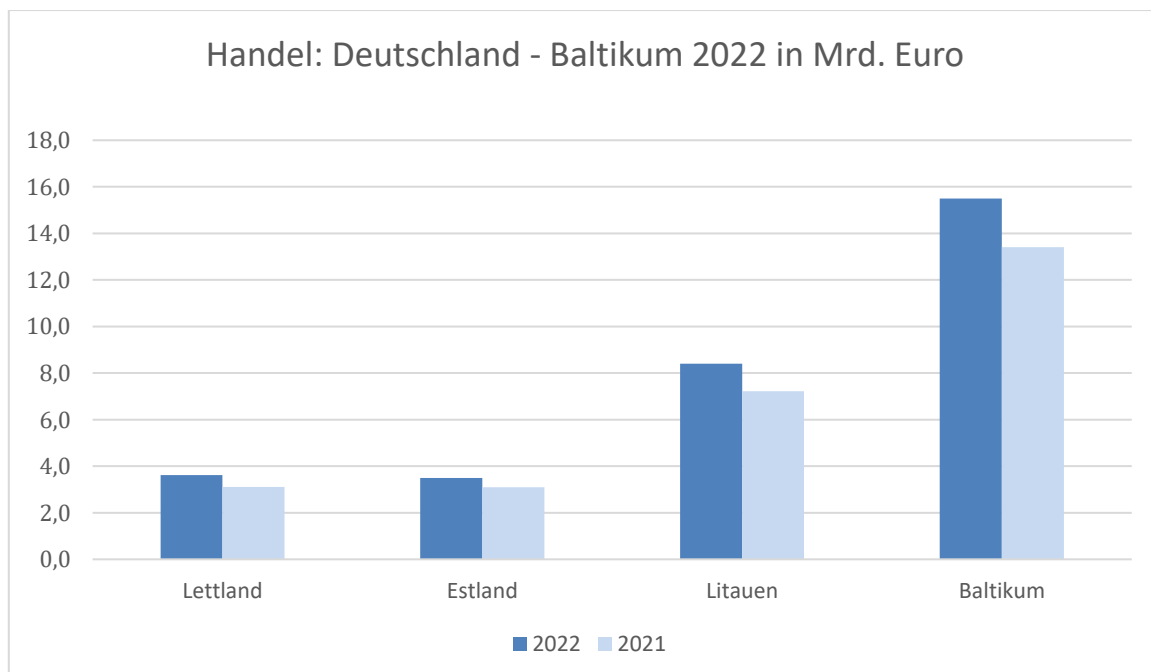
- Polen konnte seine Führungsrolle im „Osthandel“ mit einem neuen Spitzenwert von 167,5 Milliarden Euro (+13,5 Prozent) ausbauen. Im Ranking der deutschen Handelspartner liegt unser Nachbarland auf dem fünften Platz. Bemerkenswert ist, dass Polen mit Blick auf die wichtigsten Importländer den vierten Platz – vor Frankreich – einnimmt.
- Im Warenaustausch mit Tschechien konnte erstmalig die 100-Milliarden-Marke übertroffen werden (2022: 113 Milliarden / +16,4 Prozent). Gleichzeitig überholte Tschechien Großbritannien und stieg damit wieder in die Top Ten der deutschen Handelspartner weltweit auf.
- Ungarn rückt mit einem Handelsergebnis von 65,5 Milliarden Euro (+11,8 Prozent) vor Russland (49,8 Milliarden) an die dritte Position unter den 29 Ost-Ausschuss-Ländern.
- Mit der Slowakei, der kleinsten Volkswirtschaft der Visegrád-Gruppe, wurde ebenfalls ein Rekordergebnis in Höhe von 36 Milliarden Euro erzielt (+12,3 Prozent).
- Der Handel mit den Ländern des Baltikums erreichte mehr als 15 Milliarden Euro (2022: 14,2 Milliarden Euro). Deutschlands Warenaustausch mit Litauen summiert sich auf 8,4 Milliarden Euro (+16,4 Prozent). Der Warenaustausch mit Lettland verbucht einen Warenaustausch von 3,4 Milliarden Euro (16,6 Prozent). Der Handel mit Estland lag bei 3,5 Milliarden Euro (+12,9 Prozent) .

Grafik 1: Handel Deutschland - Visegrád-Gruppe 2022 im Vergleich



(Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung)

Grafik 2: Handel Deutschland – Baltikum 2022



(Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung)

Prognosen

Der jüngsten Prognose der EU-Kommission zufolge (Februar 2022) wird sich die Konjunktur in Mittelosteuropa besser entwickeln als kurz nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine angenommen. Dennoch wird das Wachstum in der EU und auch in Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn sowie Estland, Lettland und Litauen im Jahr 2023 vergleichsweise niedrig ausfallen. Erst ab dem Jahr 2024 erwartet die EU-Kommission in Mittelosteuropa wieder ein Wachstum, das über dem EU-Schnitt liegt.

Zudem prognostiziert die EU-Kommission, dass die Inflation in den Jahren 2023 (6,4 Prozent) und 2024 (2,8 Prozent) in der EU sinken wird. In Mittelosteuropa bewegt sich der Inflationswert nach diesen Prognosen im Jahr 2024 zwischen 1,5 Prozent (Lettland) und 5,3 Prozent (Slowakei). Die drei Länder des Baltikums liegen dabei alle unter dem EU-Durchschnitt. Mit Blick auf die Visegrád-Gruppe, erwartet die EU-Kommission die geringste Inflation in Tschechien (3,5 Prozent), gefolgt von Ungarn (4 Prozent) und Polen (4,4 Prozent).

Polen

Die polnische Volkswirtschaft setzte trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds ihren Wachstumskurs fort und vermied damit eine Rezession. Unterstützend wirkten sich dabei die expansive Finanzpolitik und die günstige Lage am Arbeitsmarkt in Folge des Zustroms von Geflüchteten aus der Ukraine aus. Die EU-Kommission beziffert das Wirtschaftswachstum in Polen im Jahr 2022 auf 4,9 Prozent. Im Jahr 2023 wird ein Wachstum von 0,4 Prozent erwartet, besonders die hohe Inflation setzt der polnischen Wirtschaft zu. Ab 2024 rechnet die EU-Kommission wieder mit einem stärkeren Wachstum von 2,5 Prozent und einer sinkenden Inflation von 4,4 Prozent.

Tschechien

Tschechiens Volkswirtschaft steht 2023 ebenfalls vor einem eher schwierigen Jahr. Den jüngsten Prognosen zufolge, erwartet die EU-Kommission ein minimales BIP-Wachstum von 0,1 Prozent im Jahr 2023 und 1,9 Prozent im Jahr 2024.

Ungarn

Für Ungarn geht die EU-Kommission von einem gedämpften Wachstum von 0,6 Prozent im Jahr 2023 aus. Unter der Annahme, dass die Inflation zurückgeht und sich die Auslandsnachfrage langsam verbessert, erwartet die EU-Kommission eine Erholung des Wachstums auf 2,6 Prozent im Jahr 2024.

Slowakei

Die EU-Kommission rechnet für die Slowakei mit einem Wachstum von 1,5 Prozent im Jahr 2023 und von 2,0 Prozent für das Jahr 2024.

Baltikum

Angesichts des fortschreitenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der geopolitischen Unsicherheiten erwartet die EU-Kommission für Litauen ein moderates Wachstum im Jahr 2023 von 0,3 Prozent und 2,5 Prozent im Folgejahr. In Lettland soll das Wachstum im Jahr 2023 bei 0,1 Prozent sowie im Jahr 2024 bei 2,7 Prozent liegen. Die estnische Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 0,1 Prozent wachsen und damit knapp einer Rezession entgehen. Für 2024 wird ein Wachstum von 2,8 Prozent prognostiziert.

Wirtschaftsdaten	BIP-Wachstum (in % gg. Vj)		BIP/Kopf (Euro)	Inflation
	2023	2024(P)	2021	%, 2023 (P)
<i>Polen</i>	0,4	2,5	13.760	11,7
<i>Slowakei</i>	1,5	2,0	15.920	9,7
<i>Tschechien</i>	0,1	1,9	18.020	9,3
<i>Ungarn</i>	0,6	2,6	13.690	16,4
<i>Estland</i>	0,1	2,8	16.490	6,2
<i>Lettland</i>	0,1	2,7	12.970	7,9
<i>Litauen</i>	0,3	2,5	14.820	8,7
<i>EU</i>	0,8	1,6	27.880	6,4

Quellen: Europäische Kommission Februar 2022, Eurostat 2022:

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_08_10/default/table?lang=de

Visegrád-Gruppe: Rückstand im Green Deal & Unsicherheiten

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche bestätigt in der Studie: „Grüne Wende in Ostmitteleuropa als Chance für Österreich“ den massiver Aufholbedarf Mittelosteuropas bei erneuerbaren Energien. Weiterhin besteht Verbesserungsbedarf beim Recycling von Rohstoffen, der Energieeffizienz sowie im Transportsektor.

Baltikum

Der Themenkatalog der drei Länder des Baltikums ist geprägt von der Technologiekooperation Litauens mit dem taiwanesischen Industrial Technology Research Institute (ITRI). Weiterhin stehen in den kommenden Jahren weitere Großprojekte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur an. Insbesondere das Schienenbauprojekt Rail Baltica oder das Straßenausbauprojekt Via Baltica sind für deutsche Investoren interessant. Im Projekt GIPL wird zurzeit eine 534 Kilometer lange Gaspipeline zwischen Polen und Litauen gebaut. Von den 558 Millionen Euro Gesamtkosten stellt die EU 300 Millionen Euro zur Verfügung, um die Energieabhängigkeit des Baltikums von Russland zu verringern.

Studie zur Wirkung ausländischer Direktinvestitionen

Die umfangreichen deutschen und österreichischen Direktinvestitionen in Ostmittel- und Südosteuropa haben dort seit Anfang der 1990er Jahre maßgeblich zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung beigetragen. Gleichzeitig haben sie auch einen Beitrag zum Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit geleistet. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer Studie über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen in 17 Volkswirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE), die das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Auftrag des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft erstellt hat.

Konkret wurden Tschechien, Ungarn, Polen, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien im Zeitraum 1993 bis 2020 untersucht.

Es ist die bisher umfangreichste wissenschaftliche Studie zur Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region, in der deutsche und österreichische Unternehmen zu den größten Investoren zählen. Bis Ende 2020 hatten deutsche Firmen nicht weniger als 109 Milliarden Euro in den 17 Ländern investiert, österreichische Unternehmen immerhin 76 Milliarden Euro.

„Die deutsche Wirtschaft profitiert wie kaum eine andere von der Marktöffnung im Osten Europas seit 1989“, sagt Ost-Ausschuss-Vorstandsmitglied Philipp Haußmann (Ernst Klett AG). „Unsere enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Region trägt entscheidend zur globalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Ohne Mittel- und Osteuropa stünden wir heute nicht so gut da.“ Deutschlands Unternehmen profitierten insbesondere von vorteilhaften Produktions- und Beschaffungskosten im Osten sowie dem Zugang zu neuen Absatzmärkten. „Die Studie zeigt eindrucksvoll, dass umgekehrt die deutschen und österreichischen Investitionen maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beigetragen haben“, sagt Haußmann. „Direktinvestitionen und Handel sind keine Einbahnstraßen, sondern kommen beiden Seiten zugute.“

Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche kommt zu dem Schluss, dass die Volkswirtschaften der MOSOE-Region gezielter ausländische Direktinvestitionen gewinnen sollten, da sie positive Effekte für das Wirtschaftswachstum und die soziale Entwicklung haben. Weiterhin sind ausländische Direktinvestitionen nicht ursächlich für zum Teil unbefriedigende wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in einzelnen Ländern der Region. Innenpolitische Faktoren sowie ein generell bescheidenes Wachstum der Europäischen Union in den letzten zwei Jahrzehnten spielten hier eine wichtigere Rolle.

Vollständiger Bericht zur Studie und dazugehörige Unterlagen:

[Ausländische Direktinvestitionen stärken Mittel- und Osteuropas Volkswirtschaften | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Tschechien und die Slowakei gehören zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern Deutschlands in Mittel- und Osteuropa. Der aktuellen Situation in beiden Ländern war am **9. März** die **Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Mittelosteuropa** gewidmet, die von Ost-Ausschuss-Vorstand und AK-Sprecher Philipp Haußmann (Ernst Klett AG) geleitet wurde. Als Referenten begrüßten wir die Geschäftsführer der AHKs beider Länder sowie ein Vertreter der tschechischen UniCredit-Tochter. Im Fokus standen die aktuellen politischen Entwicklungen, die Situation auf den Energie- und Arbeitsmärkten sowie die Entwicklung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Tschechien und der Slowakei, in denen die Automobilindustrie eine Schlüsselrolle spielt. Beide Länder haben infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine mit erheblich gestiegenen Energiekosten zu kämpfen, die zu Produktionsverlagerungen ins Ausland führen.

Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Neuinvestitionen, insbesondere in der Autoindustrie und der E-Mobilität. Investoren haben allerdings in beiden Ländern mit dem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen, der mit einem entsprechenden Lohnwachstum verbunden ist. Tschechien hat die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU, aber unter anderem wegen der Lohnerhöhungen auch die dritthöchste Inflationsrate. Der Fachkräftemangel fördert massive Investitionen in die Automatisierung der Produktion. Insgesamt waren die Teilnehmer optimistisch, was die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation mit beiden Ländern angeht. Philipp Haußmann wies auf die enorme Dynamik der bilateralen Beziehungen hin. Dies sei zwar zu 30 Prozent der Autoindustrie geschuldet, aber eben auch zu 70 Prozent anderen Branchen.

Als Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine vollziehen sich deutliche Verschiebungen in den deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa. „Die Entflechtung vom russischen Markt kommt schnell voran und wird sich 2023 weiter fortsetzen“, sagt der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses Michael Harms anlässlich der **Frühjahrespressekonferenz am 22. Februar** in Berlin kurz vor dem ersten Jahrestag des russischen Überfalls. Insgesamt war der deutsche Außenhandel mit den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses im Jahr 2022 um zwölf Prozent höher als im Jahr 2021. „Die starke Verankerung der deutschen Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa hat dazu beigetragen, dass wir 2022 trotz des Krieges und seiner Folgen ein Rekordergebnis im Osthandel verzeichnet haben“, sagt Harms.

Hier der vollständige Bericht mit allen Statistiken:

[Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa sortiert sich neu | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Rund 300 Unternehmen aus ganz Europa präsentierten am 15. und 16. Februar 2023 im Rahmen der **Messe „Rebuild Ukraine“ in Warschau** ihre Lösungen für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte und der Infrastruktur in der Ukraine. Die stärkste Vertretung auf dem Gelände der Warschauer Expo XXI stellten dabei mittelständische Unternehmen aus Deutschland. Auch Tschechien, Italien, Dänemark, Großbritannien, Österreich und die baltischen Staaten waren stark vertreten. Der Ost-Ausschuss beteiligte sich erfolgreich an

einem Gemeinschaftsstand mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Germany Trade&Invest und der AHK Polen und stellte seinen Service Desk Ukraine als Austauschplattform vor. Besonders beeindruckte der Auftritt der ukrainischen Kommunen: 24 ukrainische Städte, darunter sogar Vertreter der derzeit von Russland okkupierten Stadt Mariupol, informierten an Ständen und mit Präsentation über Kriegszerstörungen und ihre Prioritäten für den Wiederaufbau. Dieser könne nicht auf einen Friedensschluss mit Russland warten, so ihre Botschaft, sondern müsse im Interesse der Menschen schnelle Erfolge zeigen. Die Messe unterstrich das große Interesse und die Solidarität der europäischen Wirtschaft. Entscheidend bleibt die rasche Bereitstellung eines europäischen Wiederaufbaufonds, der Aufbau effizienter und transparenter Strukturen für die Mittelverwendung und Garantien für Investoren. Hier wird sich der Ost-Ausschuss weiterhin mit großem Engagement einbringen.

Informationen zum Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss:

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Im vergangenen Jahr feierte der Ost-Ausschuss als älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft sein **70-jähriges Jubiläum**. Am **12. Dezember** fand dazu eine große Jubiläumsveranstaltung statt, an der Bundeskanzler Olaf Scholz und Vize-Kanzler Robert Habeck mitwirkten. Hier finden Sie den Bericht:

[„Eine gute Zeit für neuen Pioniergeist“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Folgen Sie uns auf [Twitter](#), [LinkedIn](#) und [Facebook](#).

Tipps & Links

Zu Jahresbeginn hat im Ost-Ausschuss die **Unternehmensplattform Grüne Transformation** ihre Arbeit aufgenommen. Die neue Plattform, die von Mitgliedsunternehmen finanziert wird, informiert über die Umsetzung der grünen Transformation in den Partnerländern des Ost-Ausschusses und unterstützt deutsche Unternehmen, die sich mit ihren innovativen Lösungen aktiv einbringen wollen. Kontakt im Ost-Ausschuss: Jens Böhlmann, j.boehlmann@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss wurde am 17. Dezember 1952 in Köln als Vertretung der Gesamtwirtschaft in Fragen des Osthandels gegründet. Das neue Gremium sollte auf Initiative von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard die Bundesregierung beraten und Richtlinien für bilaterale Geschäfte aufstellen. In Vertretung der Bundesregierung schloss der Ost-Ausschuss unter seinem damaligen Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen in den 1950er Jahren sogar erste Handelsverträge mit Rumänien und China ab. Wenn Sie mehr über den Ost-Ausschuss und unsere Partner und Mitglieder erfahren wollen, so finden Sie [hier](#) die **historische Jubiläumspublikation** als Download:

[70 Jahre Ost-Ausschuss in 70 Bildern | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Kontakt

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Die Arbeit der Ost-Ausschuss-Regionaldirektion Mittelosteuropa konzentriert sich derzeit auf das Monitoring der staatlichen Maßnahmen in der Region sowie das Bearbeiten der Anliegen von Mitgliedsunternehmen. Dazu bieten wir auch regelmäßige Video-Konferenzen an. Bitte zögern Sie nicht, sich mit Ihren Anliegen an uns zu wenden!

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Mittelosteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) kontaktieren Sie bitte:



Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mittelosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-138

E-Mail: A.Stadnicki@oa-ev.de



Sarah Guhde

Assistentin Regionaldirektion Mittelosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)